

Jahren sowie zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt. Die Beschuldigten hatten unter anderem am Abend des 29. Januar 2005 in der Nähe von Daaden (Rheinland-Pfalz) anlässlich eines Konzerts Besucher, die sie für Angehörige der „linken“ Szene hielten, angegriffen.

Eine strukturierte „Anti-Antifa“-Arbeit, das heißt eine systematische Sammlung und anschließende Veröffentlichung von Erkenntnissen über Personen, die gegen Rechtsextremisten agieren, wurde im Jahr 2006 lediglich durch einige regionale Gruppierungen betrieben.

IV. Parteien



1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

gegründet:	1964
Sitz:	Berlin
Bundesvorsitzender:	Udo VOIGT
Mitglieder:	7.000 (2005: 6.000)
Publikation:	„Deutsche Stimme“ (DS), monatlich, Auflage: 21.000
Unterorganisationen:	„Junge Nationaldemokraten“ (JN), „Nationaldemokratischer Hochschulbund e.V.“ (NHB)

1.1 Zielsetzung und Methode

Die NPD verfolgt mit ihrem „Volksfront-Konzept zwischen parteigebundenen und parteifreien Nationalisten“ sowie dem „Deutschlandpakt“ mit der DVU¹³ weiterhin das Ziel, eine „deutsche Volksbewegung“ zu schaffen, in der sie die „Kräfte des Aktiv-Potentials und der finanziellen Ressourcen“¹⁴ bündeln will. Es soll eine „Wahlplattform“ nach dem Vorbild der „Nationalen Front in Frankreich“ entstehen.¹⁵ Die Partei wähnt sich – so ihr Bundesvorstandsmitglied und Ideologe Jürgen GANSEL – auf dem „Marsch in die Mitte des Volkes“. Nachdem die NPD sich weiter intellektualisiert und professionalisiert habe und durch die „Nationalisierung der sozialen Frage integraler Bestandteil des

¹³ Jürgen GANSEL auf der NPD-Homepage (20. September 2006).

¹⁴ Udo VOIGT auf der NPD-Homepage (28. März 2006).

¹⁵ Udo VOIGT im Parteiorgan „Deutsche Stimme“, Nr. 10/2006, S. 2.

gesellschaftlichen Lebens“ geworden sei, könne sie 2009 „machtvoll an die Türen des Reichstages klopfen“.16 Unverhohlen zielt die aggressive Agitation der NPD auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaats.

Verlautbarungen der Partei belegen eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus; ihre Agitation ist rassistisch, antisemitisch, revisionistisch und verunglimpft die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes.

Die NPD hält unverändert an ihrer offenen, aggressiv-kämpferischen Feindschaft gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fest. An deren Stelle will die NPD – so GANSEL am 5. Juli auf der Internetseite der NPD – über ein „national-solidarisches Aufbauwerk“, das „alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt“, eine erneuerte „Volksgemeinschaft“ setzen. Nur eine „Volksgemeinschaft der Tat“ könne, so der Parteivorsitzende Udo VOIGT am 22. Juni auf seiner Internetseite zur Berliner Abgeordnetenhauswahl, künftige Herausforderungen „zum Wohle des Einzelnen durch das Wohl des Volksganzen“ meistern.

Völkischer Kollektivismus/
„Volksgemeinschaft“

Im Rahmen der von ihr vertretenen völkisch-kollektivistischen Vorstellungen negiert die NPD weitgehend die verfassungsrechtlich garantierten Individualrechte und räumt dem Kollektiv, der „Volksgemeinschaft“, Priorität ein. Für die NPD ist „der Mensch“ eine „Fiktion“, eine „Illusion wie die ‚Menschheit‘“:

„Der Mensch ‚an sich‘ existiert nicht, deshalb sind wir nicht unterschiedslos einfach ‚Menschen‘, wie die multikulturalistischen Völkerverächter behaupten. ... Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes.“

(Broschüre des NPD-Parteivorstands: „Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, 2. Auflage, Juni 2006, S. 14)

¹⁶ Jürgen GANSEL auf der NPD-Homepage (27. März 2006).

In der Aprilausgabe der „Deutschen Stimme“ plädierte ein Autor für eine „Überwindung des rationalen Individualismus“ in der Bildung, da die „Ideen und Werte zur Erziehung“ aus den „Tiefen der Volksseele“ kommen müssten. Demnach solle das „Ziel neuer Bildung“ lauten:

„Überwindung des rationalen Individualismus und Eingliederung des Nachwuchses in die Volksgemeinschaft durch Übernahme eines verbindlichen Weltbildes, das gleichzeitig zur Freiheit wie auch zur völkischen Gebundenheit führt.“
(„Deutsche Stimme“, Nr. 4/2006, S. 16)

„Reichsidee“

In der aktuellen Auflage ihrer vom Parteivorstand herausgegebenen Argumentationshilfe für Kandidaten und Funktionsträger¹⁷ nennt die NPD weiterhin als Ziel die „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“, das zwar völkerrechtlich fortbestehe, seit dem „23. Mai 1945, dem Tag der Verhaftung der Regierung Dönitz“, jedoch nicht mehr souverän und handlungsfähig sei.



Auch in ihrem vom Deutsche Stimme Verlag herausgegebenen „Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2006“ bezeichnet die NPD die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ als die „wichtigste Aufgabe der deutschen Nationalisten“. Damit werde den „kleineren europäischen Völkern Hilfe gegen raumfremde Ideen und Imperialismen“ gewährt.

Die Partei behauptet in ihrer Argumentationshilfe auch ein „Legitimationsdefizit“ des Grundgesetzes und führt dazu aus:

¹⁷ Broschüre des NPD-Parteivorstands: „Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, 2. Auflage, Juni 2006, S. 33.

„Zuerst einmal ist festzuhalten, daß das Grundgesetz ein Diktat der westlichen Siegermächte ist, da der Parlamentarische Rat mit kleinen Einschränkungen nur die Vorgaben der westalliierten Militärgouverneure umsetzte. Das deutsche Volk durfte nie in einer Volksabstimmung über das Grundgesetz befinden, weshalb es seit seiner Verkündung 1949 ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit aufweist. ... die Grundrechtsbestimmungen triefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“
(Broschüre des NPD-Parteivorstands: „Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, 2. Auflage, Juni 2006, S. 29 f.)

Abgesehen von der Tatsache, dass das Grundgesetz seine Legitimation mit der Annahme durch die frei gewählten Landtage der damaligen Bundesrepublik erhalten hat, verbirgt sich hinter diesem Zitat eine Grundhaltung der NPD. Sie unterstellt den Deutschen einen völkisch definierten Willen, der sich wesensgemäß nicht in parlamentarischen Mechanismen artikulieren könne.

Agitation gegen die Legitimität des Grundgesetzes und gegen die Menschenrechte

In der Märzausgabe des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ erklärte Jürgen GANSEL, die „Menschenrechtsideologie“ diene seit Langem als „Rechtfertigung einer globalen Einmischungs- politik, mit der lästige nationale Souveränitätsrechte ausgehebelt“ würden.¹⁸ Es gelte deshalb festzustellen:

„Sage mir, was du von den sogenannten Menschenrechten hältst, und ich sage dir, was du von modernem Imperialismus verstehst.“
(„Deutsche Stimme“, Nr. 3/2006, S. 22)

Während einer Pressekonferenz der NPD am 21. September in Berlin erklärte Udo VOIGT nach Medienberichten¹⁹, der Parlamentarismus der Bundesrepublik könne nicht „das Endstadium“ sein. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern und nunmehrige Vorsitzende der NPD-Fraktion im dortigen Landtag, Udo PASTÖRS, habe auf die Frage,

„Systemüberwindung“

¹⁸ „Deutsche Stimme“, Nr. 3/2006, S. 22.

¹⁹ Unter anderem Süddeutsche Zeitung online vom 21. September 2006.



Demonstration am 1. Mai
2006 in Rostock.

Positive Haltung
zu Ideen des
Nationalsozialismus

ob er auf der Grundlage der Verfassung stehe oder das bestehende System überwinden wolle, geantwortet, dies sei eine Frage der Rahmenbedingungen, die eine Verfassung dem Volk auferlege. Wenn das Überleben des Volkes bedroht sei, halte er es für unvernünftig, die Verfassung als „heilige Kuh“ zu betrachten. Weiter habe er von möglicherweise notwendigen Justierungen gesprochen sowie davon, dass die jetzige Verfassung nicht „das Endstadium“ sein könne. Die Deutschen hätten „das Recht und die Pflicht“, nach Alternativen zur parlamentarischen Demokratie Ausschau zu halten. Auf die Frage, wie die Verfassung denn überwunden werden könne, habe PASTÖRS auf die aktuellen Ausschreitungen in Ungarn²⁰ hingewiesen und gesagt, es könne auch in Deutschland zu „unvorhersehbaren Ereignissen“ kommen, wenn „der deutsche Michel aufwacht“. Solche Ereignisse machten dann Mehrheitsbeschlüsse zur Änderung des Grundgesetzes überflüssig.

Die von der NPD propagierte „Volksgemeinschaft“ steht in der antidemokratischen Tradition des Nationalsozialismus. Dieser verstand darunter insbesondere eine Blut- und Schicksalsgemeinschaft, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft der Volksgenossen untergeordnet wurden.

Die NPD weiß um diesen Zusammenhang und versucht, einem möglichen Vorwurf, sie rede in gleicher Weise wie die „Nationalsozialisten“ von der „Volksgemeinschaft“, mit ihrer Argumentationshilfe zu begegnen. Dort heißt es, nur weil es „etwas schon im Dritten Reich gegeben“ habe, müsse dies „nicht automatisch schlecht“ sein. Die NPD sei keine Partei, „die etwas nur deshalb ablehnt, weil es dieses auch schon von 1933 bis 1945 gegeben“ habe. So sei auch die Idee einer „solidarischen Volksgemeinschaft grundrichtig“. Außerdem sei

²⁰ Im September 2006 war es in Ungarn wiederholt zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen, nachdem der ungarische Ministerpräsident Gyurcsany eingestanden hatte, vor den Wahlen im April 2006 wissentlich falsche Wahlversprechungen gemacht zu haben.

die „Volksgemeinschaftsidee“ keine „Erfindung der Nationalsozialisten“, sondern „vor-nationalsozialistischen Ursprungs und von zeitloser Gültigkeit“.²¹

Am 14. Oktober bezeichnete Udo VOIGT in seiner Rede anlässlich einer von der NPD unterstützten Demonstration „Freier Kräfte“ in Nürnberg unter dem Motto „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse“ (vgl. Kap. III) den Nationalsozialismus indirekt als einzigartigen europäischen Lebensentwurf und erklärte:

„1945 standen nicht nur ein paar Männer vor einem Pseudotribunal, sondern ein einzigartiger europäischer Lebensentwurf wurde vom Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht und abgeurteilt.“²²

Einer Pressemeldung zufolge antwortete im März der damalige NPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag, Klaus-Jürgen MENZEL²³, auf die Frage eines Abgeordneten, ob sich die NPD-Vertreter von der Ideologie der NSDAP und Hitlers distanzieren: „Warum sollten wir?“²⁴ Während einer Debatte des Sächsischen Landtags am 11. Mai zum Thema „linke Gewalt“ äußerte sich der parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Uwe LEICHSENRING²⁵, in Bezug auf den Überfall auf einen Deutsch-Äthiopier in Potsdam, dass die Tatverdächtigen in einer „Guan-tanamo-Light-Version“ zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe geflogen worden seien. Wollte man dies mit linken Gewalttätern ebenso machen, seien ganze Sonderzüge notwendig. Auf einen daraufhin erfolgten Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden der „Linkspartei.PDS“, dass es schon einmal Sonderzüge gegeben habe, entgegnete LEICHSENRING Presseberichten²⁶ zufolge:

„Ja, ja, manchmal wünscht man sie sich wieder, wenn ich manche so sehe.“

²¹ Siehe Fn. 17, S. 68 f.

²² Redetext auf der NPD-Homepage (25. Oktober 2006).

²³ Am 14. November erklärte die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf ihrer Homepage, sie habe MENZEL „heute aufgrund seines unsaubereren Finanzgebarens“ aus der Fraktion ausgeschlossen.

²⁴ Lausitzer Rundschau online vom 12. Mai 2006.

²⁵ LEICHSENRING ist am 30. August 2006 tödlich verunglückt.

²⁶ Unter anderem Lausitzer Rundschau online vom 12. Mai 2006.

Heroisierung von
NS-Protagonisten,
Verharmlosung des
NS-Systems

Die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus wird auch an der Heroisierung führender Repräsentanten des NS-Systems deutlich. So erklärte PASTÖRS gegenüber dem Magazin stern im Zusammenhang mit seiner Bewunderung für klare Strukturen in der Architektur:

„Vorgegeben hat das natürlich der Führer. Er hat ja wahnsinnige Pflöcke eingerammt, auf fast allen Gebieten, er ist ja ein Phänomen gewesen, dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch. Ich bewerte das jetzt nicht, ich stelle das nur fest.“
(stern, Ausgabe 37/2006, S. 80)

Am Wahlabend des 17. September bestätigte PASTÖRS in der ARD-Tagesschau das Zitat und wies darauf hin, dies „wertfrei“ geäußert zu haben. Hier bediente er sich einer von maßgeblichen NPD-Funktionären häufig verwendeten Methode, entlarvende Zitate durch Zusatzerklärungen abzuschwächen, um zumindest einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen. Gleichwohl belegt der Versuch einer „wertfreien“ Beschreibung des Hauptverantwortlichen für die Gräueltaten des NS-Systems die Affinität der Vorstellungen PASTÖRS' zum Nationalsozialismus.

In einem Interview mit dem MDR-Magazin FAKT, das am 22. Mai ausgestrahlt wurde, äußerte sich PASTÖRS zum Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß:

„Rudolf Heß war ein absoluter Idealist.
Er ist vergleichbar nach meiner Auffassung mit Ghandi.“

Pressemeldungen zufolge erklärte der damalige NPD-Abgeordnete MENZEL am 11. November in der Fernsehsendung MDR aktuell:

„Zum Führer stehe ich nach wie vor. Da gibt es kein Partout.
Da hat sich nichts geändert. Wie sollte sich.“

In einem Presseinterview vom 17. Mai²⁷ bezeichnete LEICHSENDRING das „Dritte Reich“ als „eine Wohlfühldiktatur mit 95 Prozent Zustimmung“.

Aktivitäten und Aussagen der Partei beziehungsweise maßgeblicher Funktionäre lassen in ihren Angriffen auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre Repräsentanten weiterhin eine aktiv-kämpferische, aggressive Diktion erkennen. Wenngleich sich die Parteiführung in ihren offiziellen Stellungnahmen regelmäßig gegen Gewaltanwendung ausspricht, belegen Äußerungen maßgeblicher Protagonisten der NPD einmal mehr das – zumindest in Teilen der Organisation – bestehende ambivalente Verhältnis der Partei zur Gewalt.

Aktiv-kämpferische,
aggressive Agitation
gegen den politischen
Gegner

So erklärte GANSEL am 5. Juli auf der Homepage der NPD, dass der Weg zu der von der NPD erstrebten „Volksgemeinschaft“ angesichts der „geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Verwüstungen des BRD-Systems“ nur den Charakter einer „Roßkur“, einer „Generalumkehr“ haben könne.

VOIGT drohte am 21. Oktober in Berlin in seiner Rede während einer Demonstration der NPD unter dem Motto „Freiheit für Lunikoff – lasst unsere Kameraden raus“ für den wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung inhaftierten Michael REGENER (alias Lunikoff), Sänger der rechtsextremistischen Musikgruppe „Landser“ und NPD-Mitglied:

„Die politischen Machtverhältnisse ändern sich. Und ich sichere den Schreiberlingen der Massenmedien zu, die morgen wieder ihre Hetze verkünden werden, wenn sich die Machtverhältnisse geändert haben, dann haben wir unsere Volksverhetzungsprozesse längst hinter uns, ihr werdet sie dann aber vor euch haben!“²⁸

²⁷ Vogtlandanzeiger vom 17. Mai 2006, S. 8.

²⁸ Homepage der NPD Berlin (21. Oktober 2006).

In seinem Interview mit dem Magazin stern erklärte PASTÖRS:

„Sie können nur etwas wegstreichen, wenn Sie es bekämpfen. Ich glaube, dass wir sehr viele krankhafte Keime in unserem Staatswesen haben. Wenn du Wundbrand kriegst und noch irgendwie Kraft hast, dann nimm dir ein Beil und hau dir das faule Bein ab. Weg damit! Man muss das gesund schneiden.“

(stern, Ausgabe 37/2006, S. 82)

Auf die Nachfrage, was dies mit der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September zu tun habe, entgegnete er:

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“

(stern, Ausgabe 37/2006, S. 82)

„Wortergreifungsstrategie“

Um ihre Isolation zu überwinden beziehungsweise außerhalb des begrenzten rechtsextremistischen Spektrums in der Mehrheitsgesellschaft überhaupt wahrgenommen zu werden, setzt die NPD insbesondere in ihren Wahlkämpfen weiter auf die Durchsetzung ihrer „Wortergreifungsstrategie bei Veranstaltungen des politischen Gegners“²⁹. Die NPD Berlin erklärte in diesem Zusammenhang am 10. September auf ihrer Homepage:

„Angesichts der Aufkündigung von öffentlichen Räumlichkeiten, wird die NPD verstärkt die Veranstaltungen der Versagerparteien nutzen, um ihr politisches Wollen zu verbreiten.“

So versuchten NPD-Funktionäre am 29. März in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) und am 21. September in Erkner

²⁹ So der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende und Wahlkampfleiter in Mecklenburg-Vorpommern, Holger APFEL, in einem „Spendenaufruf für den Einzug in den Landtag“ vom 1. August 2006.

(Brandenburg) erfolglos, Podiumsveranstaltungen der SPD im Sinne der „Wortergreifungsstrategie“ zu instrumentalisieren.

Am 4. September störten NPD-Anhänger während einer CDU-Saalveranstaltung in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) den Vortrag des bayerischen Innenministers Dr. Günther Beckstein. Die Störer waren – so die NPD auf ihrer Homepage – mit Plakaten neben das Podium getreten und hatten gefordert, „auch einen Vertreter der NPD zu Wort kommen zu lassen, um die Hetze von Herrn Beckstein zu entkräften“. Nachdem die Veranstaltungsleitung sie mit einem Hausverbot belegt habe, hätten die NPD-Anhänger ohne Zwischenfälle den Veranstaltungsort verlassen.³⁰

Mit einer bundesweit für Aufsehen sorgenden Aktion ist es der NPD in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) gelungen, die Durchführung eines für den 8. März an einem dortigen Gymnasium geplanten Konzerts des Liedermachers Konstantin Wecker unter dem Motto „Nazis raus aus unserer Stadt“ zu verhindern. Einer Pressemeldung zufolge warf die NPD Konstantin Wecker vor, für die „Linkspartei.PDS“ Wahlkampf zu machen. Mit einer Eingabe an die Kreisverwaltung hatte sie die Neutralitätspflicht der Stadt und des Landkreises eingefordert und angekündigt, zu der Veranstaltung 50 Plätze belegen zu wollen. Zudem hatte sie die Überlegung geäußert, demnächst selbst bei der Stadt eine Genehmigung für ein Konzert mit einem rechtsextremistischen Liedermacher zu beantragen. Der Landrat des Kreises Halberstadt versagte daraufhin Wecker die Genehmigung des Konzerts.

Die NPD rückt die soziale Frage zunehmend in das Zentrum ihrer Agitation. In Deutschland stünden, so VOIGT am 22. März auf der Homepage der NPD, die „sozialen Zeichen auf Sturm“. Holger APFEL, stellvertretender Parteivorsitzender und Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, bekräftigte in der Aprilausgabe der „Deutschen Stimme“, die nationale Opposition werde den „Platz als Anwalt der sozial Schwachen entschlossen besetzen“.³¹ GANSEL erklärte, ein „moderner Nationalismus

„Marsch in die Mitte
des Volkes“ durch
„Nationalisierung der
sozialen Frage“

³⁰ Homepage der NPD Mecklenburg-Vorpommern (5. September 2006).

³¹ „Deutsche Stimme“, Nr. 4/2006, S. 5.

... dockt erfolgreich an die Alltagsrealität der Menschen an³² und forderte statt „Hartz-IV-Unglück“ ein neues, „vom Geist der Volksgemeinschaft getragenes Sozial- und Verteilungsmodell“³³. Die „Volksgemeinschaft“, so GANSEL, sei die „einzige Schutz- und Solidargemeinschaft im Zeitalter eines global entfesselten Kapitalismus“ und der „interventionsfähige Nationalstaat“ das einzige Machtinstrument, um die Wirtschaft wieder in den „Dienst des Volkes“ zu zwingen.³⁴

GANSEL zufolge verlasse ein „modernisierter Nationalismus“ die „Ghettobezirke der Gesellschaft“ und stoße in deren Mitte vor. Und das nicht etwa, weil er sich „inhaltlich entradikalisiert und dem System angepaßt“ habe, sondern weil sich die Mehrheit der Deutschen radikalisiert und „dem System entfremdet“ hätte. Die „neuen Nationalisten“ hätten begriffen, dass der „politischen Machtgewinnung immer die Besetzung des vopolitisch-kulturellen Raumes“ voranzugehen habe. Bei dem „Marsch in die Mitte des Volkes“ sieht GANSEL „Mitteldeutschland“ als das „Treibhaus“ einer Entwicklung an, die „mit einer gewissen Verspätung auch den Westen erreichen“ werde.³⁵ Die „Mitteldeutschen“ seien – so GANSEL – „geistig keine Bundesrepublikaner geworden, sondern diesem volksfeindlichen System politisch fremd geblieben“. Es gäre jedoch auch in Westdeutschland, was mittelfristig auch dort nennenswerte NPD-Erfolge erwarten lasse.³⁶

„Geräuschlose
völkische Graswurzel-
revolution“

GANSEL, der die NPD in den neuen Bundesländern auf dem „Marsch in die Mitte des Volkes“ wähnt, resümiert:

„In Mitteldeutschland findet eine geräuschlose völkische Graswurzelrevolution statt. Mit einem moderaten Ton, zivilem Auftreten und alltagsnahen Themen gelingt es Nationalisten vielerorts zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden, während sich die Systemkräfte dem Volk immer mehr entfremden.“³⁷

³² NPD-Homepage (27. März 2006).

³³ NPD-Homepage (18. April 2006).

³⁴ NPD-Homepage (20. Oktober 2006).

³⁵ NPD-Homepage (27. März 2006).

³⁶ NPD-Homepage (20. September 2006).

³⁷ NPD-Homepage (20. September 2006).

Aufgrund ihrer mangelnden personellen und finanziellen Ressourcen konzentriert die NPD ihre Kräfte insbesondere auf ihre Hochburgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Im vopolitischen Raum engagieren sich dort NPD-Mitglieder in Bürgerinitiativen, sie sind in Elternvertretungen aktiv, helfen bei Schulproblemen sowie bei der Lehrstellensuche und verteilen die „Schulhof-CD“ der NPD. VOIGT kündigte während einer Pressekonferenz der Partei am 21. September in Berlin die landesweite Eröffnung von NPD-Bürgerbüros an, die als „soziale Beratungsstellen“ auch der Rechtsberatung von Hartz-IV-Empfängern dienen sollen. Die Partei organisiert darüber hinaus Orts- und Kinderfeste sowie Sportveranstaltungen. Ihre Wahlerfolge in „Mitteldeutschland“ sieht die NPD auch als Ergebnis dieser – nicht nur auf Wahlkampfzeiten beschränkten – Vorgehensweise.



Die NPD trat auch 2006 unverändert rassistisch und aggressiv fremdenfeindlich auf.

Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit

In ihrer Argumentationshilfe für Kandidaten und Funktionsträger³⁸ erklärt die NPD, für sie sei nur Deutscher, wer „in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde“. Ein „Afrikaner, Asiate oder Orientale“ werde nie Deutscher werden können, weil „die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern“ verantwortlich seien. Angehörige anderer Rassen blieben deshalb „körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben“. Sie „mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen“.

Die „Deutsche Stimme“ veröffentlichte in der Märzausgabe ein Redemanuskript des rechtsextremistischen Theoretikers Dr. Pierre KREBS zu „Strategien einer europäischen Neubesinnung“.³⁹ Nach Angaben der Zeitung hatte KREBS den Vortrag auf einem „Kongress europäischer Nationalisten“ in Rom gehalten, an dem auch der stellvertretende Chefredakteur der „Deutschen

³⁸ Siehe Fn. 13, S. 66.

³⁹ „Deutsche Stimme“, Nr. 3/2006, S. 20.

Stimme“ und zeitweilige Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Andreas MOLAU, teilgenommen habe. Im Mittelpunkt des Referats stand die Idee eines rassistisch homogenen Europäischen Reiches, dessen Grenzen sich von Irland bis zum Ural erstrecken, ein Gebiet, das allerdings in Dekadenz zu versinken drohe. Auf Betreiben der europäischen „Politmafiosi“ und eines europäischen Parlaments öffne man allen Fremdrassigen der Welt die Grenzen. Die einmal begonnene Vermischung des europäischen Erbgutes sei unumkehrbar und führe zwingend zum Untergang der europäischen Rasse. Das Prinzip der „Rasse“ aber sei „der innere Gott“, das eigentlich bestimmende Natur- und Lebensgesetz. Ihre Zerstörung gemäß einer multirassistischen Wahnlehre bilde das Hauptverbrechen an allen Völkern der Welt. Die Folgen seien Intoleranz, Rassenverachtung und Rassenmord. Der Zusammenbruch aller historischen Großreiche sei auf die Missachtung dieses Faktums der biokulturellen Wirklichkeit zurückzuführen. KREBS setzt einer solchen Entwicklung den „Ethnosgedanken“ entgegen. Dieser baue auf die Erkenntnis, dass „es keinen Menschen an sich gibt, sondern nur Menschen in der Prägung ihrer ethno-kulturellen Erscheinung“. Nur wenn es gelinge, die Erbanlagen der europäischen Rasse zu bewahren und „die Kinder aller Jerusalem“ zurückzuweisen, könnten die in „Blutsbrüderschaft“ verbundenen Völker Europas die Welt auch weiterhin mit dem „eigenen Genie“ beschenken.

Der elitär-rassistische Ansatz von KREBS geht gleichermaßen auf eine neuheidnisch unterlegte Ablehnung der christlich-abendländischen Wurzeln der europäischen Geistesgeschichte wie auf die Idee einer angeblichen Blutsbrüderschaft der europäischen Völker zurück. Vor diesem Hintergrund versteht sich seine Ablehnung des universellen Gleichheitsgrundsatzes, einem Grundelement der parlamentarischen Demokratie.

Mit dem ganzseitigen Abdruck des Redemanuskripts und dem Hinweis auf die Kongressteilnahme von MOLAU macht sich die NPD KREBS' rassistische Positionen zu eigen, die auch Parallelen zum völkisch-kollektivistischen Menschenbild der Partei aufweisen.

In ihrer Aprilausgabe druckte die „Deutsche Stimme“ unter der Überschrift „Bildung aus dem Strome des Blutes“ ein rassis-

tisches „Plädoyer für einen neuen Erziehungsbegriff“ ab. Darin befindet der Autor:

„Rasse macht nicht nur die Eigenart des Volkes, sondern auch die des Menschen aus; sie ist unveränderbar, sie führt zur Kultur und formt die Erziehung. ... Freiheit würde bedeuten, die aus der Rasse stammenden zeitlosen Kräfte bewußt zu formen, sie mit einer Gestalt von wahrer Kultur zu überziehen.“
(„Deutsche Stimme“ Nr. 4/2006, S. 16)

In ihrer Argumentationshilfe befasst sich die NPD im Kontext mit einer beabsichtigten „Ausländerrückführung“ auch mit „Kindern gemischt-ethnischer Beziehungen (Mischlingen)“. Bei den „hauptsächlich abzuschiebenden Einwanderergruppen“ komme es selten zu „Mischlingen“, da das Gros dieser „Nicht-Europäer“ in ihrem „Heirats- und Fortpflanzungsverhalten sowieso auf Angehörige des eigenen Volkes oder Kulturkreises beschränkt“ bleibe. Sei es aber dennoch zu „gemischt-ethnischen“ Beziehungen gekommen, so führt die NPD-Publikation in diffamierender Weise aus:



„Die Mischlinge, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen entstammen, werden das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht paßt. Sie werden sich ‚Heimatländer‘ suchen, in denen es keine einheitliche Volkssubstanz gibt, in denen die Durchrasung unumkehrbar ist und die damit verbundene ethno-kulturelle Entwurzelung und Bindungslosigkeit allgegenwärtig ist. Zielland solcher Mischlinge werden naheliegenderweise die USA sein, wo es nie eine Volksgemeinschaft und Kulturnation, sondern nur eine durchrasste Staats- und Einzelwillennation von haltlosen Sozialatomen gab, wo der ethno-kulturell kastrierte Einheitsmensch ohne Identität und Heimat wie Unkraut gedeiht.“
(Broschüre des NPD-Parteivorstands: „Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, 2. Auflage, Juni 2006, S. 9)

Im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland warb die NPD Ende März/Anfang April für einen von der Partei herausgegebenen WM-Planer, der auf seiner Titelseite den Oberkörper eines Spielers im weißen Trikot

der deutschen Nationalmannschaft zeigte sowie Teile einer Spielernummer – mutmaßlich die 25. Die Abbildung war mit dem Slogan „Weiß – Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ versehen. Am 4. April erwirkte der Nationalspieler Patrik Owomoyela eine einstweilige Verfügung des Landgerichts (LG) Berlin, die es der NPD unter Androhung der gesetzlich vorgesehenen Ordnungsmittel untersagte, die Titelseite ihres Planers weiter zu verwenden. Am 18. Mai wies dasselbe Gericht den Einspruch der Partei gegen die Verfügung zurück. In den Entscheidungsgründen wird hervorgehoben, der „Schrei nach einer ‚echt weißen‘ Nationalmannschaft mit gleichrangigem Hinweis auf einen ‚nicht weißen‘ Nationalspieler stelle eine nicht hinzunehmende Schmähekritik dar“.

Die NPD ließ daraufhin einen neuen WM-Planer „Spielplan '06“ erstellen, der auf der Titelseite zu der Frage „Nationalelf 2010?“ zehn farbige und ein weißes Piktogramm zeigte. Am 8. Juni stellten Polizeibeamte in der Berliner NPD-Bundesgeschäftsstelle 3.000 Exemplare dieses Planers sicher. Anlass war eine vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) erwirkte einstweilige Verfügung des LG Berlin, die es der NPD unter Androhung von Ordnungsmitteln untersagte, ihren zweiten WM-Planer weiter zu verwenden. Der einstweiligen Verfügung zufolge wird dem DFB auf der Titelseite plakativ der Vorwurf gemacht, die Nationalmannschaft nicht aus weißen Spielern zusammenzusetzen, sondern zunehmend Spieler ausländischer Abstammung beziehungsweise Herkunft auszuwählen. Dieser Vorwurf sei, da er allein auf die Abstammung beziehungsweise Herkunft abhebe, rassistisch und erfülle gleichzeitig den Tatbestand der Volksverhetzung.

Antisemitismus

Die NPD verbreitet weiterhin antisemitische Propaganda, weist allerdings eine entsprechende Kritik entschieden zurück. In ihrer Argumentationshilfe für Kandidaten und Funktionsträger⁴⁰ antwortet die Partei auf den Vorwurf des Antisemitismus:

⁴⁰ Siehe Fn. 13, S. 66.

„Antisemitismus meint wohl die Kritik an Juden?
Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren.
Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene
Schuldskult und die ewige jüdische Opfertümelei
muß sich kein Deutscher gefallen lassen.
Es muß endlich Schluß sein mit der psychologischen
Kriegsführung jüdischer Machtgruppen
gegen unser Volk. Schließlich ist klar, daß die
Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden
die Deutschen immer nur wieder finanziell
auspressen will. ... Selbstverständlich nehmen wir
uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und
die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats
der Juden in Deutschland zu kritisieren.“

(Broschüre des NPD-Parteivorstands:

„Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung.
Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“,
2. Auflage, Juni 2006, S. 10)



GANSEL fordert in der Juniausgabe des Parteiorgans „Deutsche Stimme“:

„Es wird also höchste Zeit, die Holocaust-Waffe stumpf zu machen,
damit ein eben nicht ganz normales Völkchen mit ihr keine Sonderinteressen
mehr durchsetzen und andere moralisch erpressen kann.“

(„Deutsche Stimme“ Nr. 6/2006, S. 14)

Bei der Verbreitung ihrer antisemitischen Propaganda nutzt die NPD auch aktuelle Ereignisse, um Ressentiments gegen Juden zu bedienen. So hetzte der Landesverband Saarland im Juli auf seiner Homepage unter der Überschrift „Zentralrat der Juden kriegt den Rachen nicht voll“:

„Alle paar Tage melden sich irgendwelche dahergelaufenen Zentralratsvorsitzenden zu Wort und erklären den BRD-Lizenzpolitikern, für wen sie in diesem Land wirklich Politik zu machen haben. Während sich die Zentralräte von Muslimen und Sinti und Roma allerdings für BRD-Verhältnisse noch in relativer Zurückhaltung üben, fällt der Zentralrat der Juden regelmäßig durch besonders dreiste Großmäuligkeit und erpresserisch anmutende Forderungen – meist finanzieller Art – auf ... Der Landesvorsitzende der NPD Saar, Frank Franz, sagte zu den neuerlichen Ausfällen ...: „Offenbar ist dem Zentralrat und seiner Vorsitzenden das mittlerweile über 60 Jahre währende jüdische Opfermonopol derartig zu Kopf gestiegen, daß sie zu einer realistischen Einschätzung ihrer Verhandlungsposition nicht mehr im Stande sind. Frau Knobloch und ihre Freunde sind Gäste in Deutschland und als solche haben sie sich auch zu verhalten.““

Indem die NPD den Zentralrat der Juden in Deutschland und seine Vorsitzende als habgierig und erpresserisch diffamiert und Mitbürger jüdischen Glaubens als „Gäste“ bezeichnet und damit quasi deren deutsche Staatsbürgerschaft negiert, entlarvt sie ihre unverändert antisemitische Grundhaltung.

MOLAU nutzte in der „Deutschen Stimme“ den Libanonkonflikt zu antisemitisch unterlegter Hetze gegen den Staat Israel:

„Der Libanon wird nur ein Etappenziel für die machthungrige zionistische Elite sein, die ihren wahnhaften Auserwähltheitstraum auf Kosten des Lebens von Kindern und Frauen träumt.“

(„Deutsche Stimme“, Nr. 9/2006, S. 2)

Revisionismus Die NPD versucht, das Geschichtsbild über die Zeit des Nationalsozialismus zugunsten einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtung zu korrigieren. Ziel dieser Umdeutung ist die Leugnung der Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und der von Teilen der Wehrmacht verübten Verbrechen während des Krieges sowie die Relativierung des Massenmordes an den Juden. Die Partei bedient sich der revisionistischen Agitation insbesondere dann, wenn sie ihre Vision eines autoritär geführten und ethnisch homogenen Staates durch das wissenschaftlich gesicherte Geschichtsbild des Dritten Reiches auf Dauer belastet sieht. So ließ LEICHSENRING erkennen, dass er den Holocaust leugnen würde, wäre dies nicht straf-

bar. In einem Presseinterview vom 17. Mai⁴¹ im Zusammenhang mit der systematischen Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust, erklärte er:

„Ein Totschlagargument gegen alles, was rechts ist. Ich habe dazu keine Meinung, weil ich's nicht weiß. Ich darf es nicht leugnen, also tue ich es nicht. Wer es bezweifelt, geht ins Gefängnis ...“

Auch auf ihrer Homepage versucht die NPD die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Sie spricht von „fast neurotischen Aufgeregtheiten deutscher Politiker in Sachen Holocaust“ und erklärt:

„Die Schuld der Deutschen am Holocaust – da ist sie denn wieder die Canossa-Mentalität der gegenwärtig regierenden Führungsschicht in Deutschland, die den Deutschen für ewige Zeiten aufgedrückt werden soll.“⁴²

In diesem Zusammenhang bezeichnet die NPD das Berliner Holocaustmahnmal als „Bundesschamanlage“.⁴³ VOIGT unterstellt, es solle „wie ein Kainsmal Schande über diese Stadt“ bringen.⁴⁴

In seiner Rede anlässlich der Demonstration am 14. Oktober in Nürnberg unter dem Motto „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse“ (vgl. Kap. III) erklärte VOIGT, für ihn stehe fest, dass die „ungeheuren Verbrechen der Alliierten am deutschen Volk und gegenüber unseren Verbündeten die Ursache für die alliierten Schauprozesse gegen deutsche Kriegs- und Zivilgefangene“ gewesen seien. Dem „Hauptschauprozess in Nürnberg“ seien eine Menge weiterer Prozesse gefolgt wie zum Beispiel der „Rasse- und Siedlungshauptamtschauprozess“ und der „Einsatzgruppenschauprozess“, bei denen es ebenfalls „nicht um Recht, sondern um Rache und dauerhafte Unterdrückung“ ge-

⁴¹ Siehe Fn. 27.

⁴² NPD-Homepage (30. Januar 2006).

⁴³ Homepage der NPD Berlin (18. Mai 2006).

⁴⁴ VOIGT-Homepage zur Berliner Abgeordnetenhauswahl (17. September 2006).

gangen sei. Brutal seien „in ganz Europa Menschen verfolgt und ermordet (worden), auch weil sie eine andere Weltanschauung besaßen, als die der Besatzer“.⁴⁵

Ein häufiger Autor der „Deutschen Stimme“ bezeichnete die Waffen-SS als eine Armee, „die tatsächlich Europaarmee war, in der Freiwillige aus fast allen europäischen Nationen die Hochkultur des alten Kontinents und seine Völker gegen die stalinistische Schreckensherrschaft“ verteidigt hätten.⁴⁶

In einem mit „David Irving, der Mann, der das Schlachtschiff Auschwitz versenken wollte“ überschriebenen Beitrag auf ihrer Homepage berichtet die NPD zugunsten der Angeklagten über Verfahren gegen vier „prominente“ Revisionisten.⁴⁷

GANSEL sieht in der „Art und Weise, wie in den letzten Jahren über die deutschen Opfer des letzten Weltkrieges gesprochen“ wurde, einen geschichtspolitischen „Paradigmenwechsel“ mit „Auswirkungen auf das Hier und Heute“. Er behauptet weiter:

„Die Deutschen wollen nämlich nach sechzigjähriger Odyssee durch die Irrgärten von Umerziehung, Auslandhörigkeit und Fremdentümelei zu ihrem Wesen zurückfinden. ... Ließen die Herrschenden diesen Normalisierungswunsch in Sachen Volk und Vaterland weiterhin unberücksichtigt oder belegten ihn gar mit dem Bannfluch der NS-Verharmlosung, würde sich die Kluft zwischen Regierenden und Regierten um den Preis eines galoppierenden Legitimitätsschwundes des Gesamtsystems noch weiter vergrößern.“⁴⁸

Aus taktischen Gründen warnt die NPD allerdings in der aktuellen Ausgabe ihrer Argumentationshilfe:

⁴⁵ Redetext auf der NPD-Homepage (25. Oktober 2006).

⁴⁶ „Deutsche Stimme“, Nr. 1/2006, S. 8.

⁴⁷ NPD-Homepage (1. März 2006).

⁴⁸ NPD-Homepage (16. Juni 2006).

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festlegen lassen.“

(Broschüre des NPD-Parteivorstands: „Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, 2. Auflage, Juni 2006, S. 34)

In polemischer, diffamierender und verunglimpfender Weise agitierte die NPD erneut gegen die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes. Dabei konzentrieren sich die Akteure vor allem darauf, die Verfassungsordnung als illegitim darzustellen und durch die immer wiederkehrende Unterstellung anhaltender Fremdherrschaft zu untergraben.

Agitation gegen die parlamentarische Demokratie und den demokratischen Rechtsstaat

In seiner Rede am 14. Oktober in Nürnberg sprach VOIGT von dem „von den Westalliierten ins Leben gerufene(n) BRD-System“, in dem „wir Deutschen“ die „Fremdherrschaft akzeptieren, uns fremden Interessen unterwerfen und aktiv als geistige Kollaborateure an unserer eigenen Unterdrückung mitwirken“ sollen. Er führte hierzu weiter aus:

„Angesichts der eigenen Betroffenheit waren die Alliierten zur Errichtung einer langfristigen Unterdrückung des deutschen Volkes gezwungen weitere Verbrechen und Rechtsbrüche zu begehen und diese mit ihrer Propaganda als ‚Befreiungstaten‘ umzudeuten. Ein gleichzeitig aufgelegtes Umerziehungsprogramm (re-education) soll sicherstellen, daß die Deutschen, denen man die Identität genommen hatte, fortan das Unrecht der Besatzer als neue Rechtsgrundlage loben und preisen sollten. ... Der sogenannte ‚Schuldkomplex‘, also die massenweise psychische Schädigung vieler Deutscher durch psychische Folter mittels der sogenannten re-education, hindert viele Deutsche heute selbstbewußt ihre eigenen Interessen in der internationalen Politik zu vertreten.“⁴⁹

Der NPD-Landesverband Saarland erklärte am 3. April auf seiner Homepage:

⁴⁹ Siehe Fn. 45.

„60 Jahre der Umerziehung, der planmäßigen Umwertung aller Werte und der gezielten Zerstörung jeglicher familiärer und nationaler Bindungen haben unübersehbare Spuren hinterlassen und das einst so große Volk der ‚Dichter und Denker‘ zu einer jämmerlichen Karikatur seiner selbst verkommen lassen.“

In einem „Schluß mit der Anti-Deutschen Hetze“ überschriebenen Flugblatt vom Mai agitierte der NPD-Landesverband Saarland:

„Seit Jahrzehnten richten die etablierten Politiker unser Land systematisch zu Grunde und rauben der deutschen Jugend ihre Zukunft. Mittlerweile weiß jeder, daß die Politbonzen mit ihrer volksfeindlichen Kahlschlagpolitik endgültig abgewirtschaftet haben. ... Der jämmerliche ‚Kampf gegen Rechts‘ ist nunmehr ein letzter Rettungsanker, an den sich die charakterlich und geistig verlumpte Pseudo-Demokraten in ihrer Verzweiflung klammern.“

PASTÖRS sprach in seiner Rede „im Kameradenkreis“ am Wahlabend des 17. September von „Banditen im Schweriner Landtag“, die es bald mit einer „nationalen Fraktion“ zu tun haben würden.⁵⁰ In der Pressekonferenz der NPD am 21. September erklärte PASTÖRS der nachfolgenden Berichterstattung zufolge, viele Leute hätten im „real existierenden System“ keine Chance. Deshalb sei es eine Pflicht, nach Alternativen zu „einem fast schon mit diktatorischen Mitteln festgezurrt System“ zu suchen.

1.2 Organisation und Entwicklung

Weiterer Mitgliederzuwachs

Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch die Stimmengewinne der Partei bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin führten zu einer Stärkung ihrer in den Jahren 2004 und 2005 unter dem Begriff „deutsche Volksfront von Rechts“ propagierten Zusammenarbeit mit der DVU und den „Freien Kräften“. Der NPD ist es gelungen, einen Mitgliederzuwachs auf nunmehr rund 7.000 (2005: 6.000; 2004: 5.300) zu erreichen. Stärkster Landesverband ist weiterhin Sachsen mit unverändert rund

⁵⁰ Homepage der NPD Mecklenburg-Vorpommern (19. September 2006).

1.000 Mitgliedern. Einen signifikanten Anstieg auf rund 380 Mitglieder (2005: 240) verzeichnete die Partei in Thüringen.

Die chronisch prekäre Finanzsituation der NPD hat sich im Jahr 2006 weiter verschärft. Nach Angaben des Bundesschatzmeisters Erwin KEMNA vom November sei das Barvermögen der NPD „aktuell nicht sehr hoch“, weil „alle Wahlkämpfe vorfinanziert“ worden seien.⁵¹ Trotz der Zuwendungen aus der staatlichen Teilfinanzierung und den Geldern für die Arbeit der Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird die Partei angesichts der hohen Ausgaben für die vorangegangenen Wahlkämpfe, der wachsenden Kosten zur Bestreitung des Parteiapparates sowie verschiedener Verbindlichkeiten ihre Finanzprobleme kurzfristig kaum in den Griff bekommen. In einer Presseerklärung des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 10. November heißt es, der NPD werde der nach dem Parteiengesetz zum 15. November fällige 4. Abschlag in Höhe von 277.000 Euro nur gegen eine Sicherheitsleistung ausgezahlt. Grund dafür seien wesentliche Fehler in den Rechenschaftsberichten der NPD für die Jahre 1997 und 1998, die voraussichtlich zu einer Rückzahlungsverpflichtung der Partei in Höhe von 870.000 Euro führten. Nach den Feststellungen des Schöffengerichts Erfurt vom 1. Juni habe der damalige Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Thüringen seit 1996 über mehrere Jahre in großem Umfang falsche Spendenbescheinigungen ausgestellt, deren Beträge zum großen Teil in die NPD-Rechenschaftsberichte des jeweils folgenden Jahres entsprechend verbucht worden seien. Es sei beabsichtigt, unter Aufhebung der erfolgten Festsetzungen den Bundesanteil in Höhe von insgesamt rund 870.000 Euro von der Partei zurückzufordern.

Prekäre Finanzlage

Aufgrund der mangelnden finanziellen Ressourcen hatte die NPD ihre Wahlkampfetats für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sowie für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Berliner Bezirksverordnetenversammlung deutlich kürzen müssen. Allein der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern soll nach Angaben des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Wahlkampfleiters APFEL etwa 400.000 Euro gekostet haben.⁵²

⁵¹ Die Welt vom 14. November 2006, S. 2.

⁵² „Störtebeker-Netz“ (9. August 2006).

Demonstrationen
als Erfolg der
Bündnispolitik

Ihren „Kampf um die Straße“ setzte die NPD fort. Die Anzahl der von ihr und ihrer Jugendorganisation JN – zumeist zusammen mit Neonazis und Skinheads – durchgeführten Demonstrationen stieg, unter anderem bedingt durch zahlreiche Wahlkampftermine, gegenüber 2005 von rund 60 auf rund 70 an.⁵³

Zum 1. Mai führte die NPD in Rostock eine Demonstration unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ durch. An der Veranstaltung, die von der Partei als Auftaktveranstaltung für den Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern deklariert wurde, beteiligten sich circa 1.300 Personen.

Das Pressefest der „Deutschen Stimme Verlagsgesellschaft mbH“, das seit 2002 – mit Ausnahme von 2005 – jährlich stattfindet, hat sich zur bundesweit größten öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung der NPD entwickelt. Am 5. August kamen etwa 7.000 Personen nach Dresden. Neben dem Parteivorsitzenden VOIGT und seinen beiden Stellvertretern APFEL und Peter MARX traten auch Vertreter befreundeter ausländischer rechtsextremistischer Organisationen als Redner auf.

Aus Solidarität mit dem derzeit inhaftierten Sänger der rechts-extremistischen Band „Landser“, dem NPD-Mitglied REGENER, demonstrierten am 21. Oktober über 700 Rechtsextremisten in Berlin unter dem Motto „Freiheit für Lunikoff – lasst unsere Kameraden raus“. Die Veranstaltung war vom dortigen NPD-Landesvorsitzenden Eckart BRÄUNIGER angemeldet worden.

Im Sinne ihrer „Volksfront“-Strategie beteiligten sich führende NPD-Funktionäre auch an Veranstaltungen anderer rechtsextremistischer Organisationen. So traten VOIGT und APFEL am 11. Februar in Dresden als Redner bei einem von der rechtsextremistischen „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) angemeldeten Trauermarsch zum Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg vor rund 4.200 Teilnehmern als Redner auf.

⁵³ In dieser Zahl sind kleinere Veranstaltungen wie zum Beispiel Mahnwachen und Infostände nicht enthalten.

Auf dem Bundesparteitag der NPD am 11./12. November in Berlin wurde VOIGT mit rund 95 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt und festigte seine Stellung in der Partei. Das eindeutige Votum des Parteitages ist zudem als klare Bestätigung des maßgeblich von ihm verfolgten „Volksfront“-Kurses zu werten. Mit der Wahl des aus dem Neonazi-Spektrum stammenden neuen stellvertretenden Parteivorsitzenden Sascha ROBMÜLLER (bislang Beisitzer im Parteivorstand) und der ebenfalls als Protagonisten dem Neonazi-Lager zuzurechnenden Beisitzer Jürgen RIEGER, Stella PALAU und Thomas WULFF (bislang bereits Mitglied des Parteivorstandes ohne Stimmrecht) ist die Bedeutung der Neonazis im NPD-Parteivorstand gestiegen. Andererseits sind die wichtigen Schaltstellen im Parteipräsidium, dem eigentlichen Entscheidungsgremium, nach wie vor mit altgedienten und gegenüber VOIGT loyalen Kadern besetzt.

Bundesparteitag
bestätigt VOIGT
im Amt des
Parteivorsitzenden

Vor dem Hintergrund der im Jahr 2006 gemeinsam errungenen Wahlerfolge haben sich NPD und Neonazis weiter angenähert. Auch unterhalb der Bundesebene haben Neonazis dabei an Einfluss gewonnen (vgl. Kap. III). Die in dem Zweckbündnis „Volksfront“ unverändert zwischen NPD und der Neonazi-Szene bestehenden grundlegenden Differenzen (zum Beispiel hier Wahlpartei, dort aktionsorientierte, wenig strukturierte Zusammenhänge) sind durch die gegenwärtige Euphorie überdeckt. Sollten vergleichbare Erfolge beziehungsweise messbare Vorteile für beide Seiten in Zukunft (wieder) ausbleiben, dürften die alten Grabenkämpfe wieder ausbrechen.

Verhältnis zur
Neonazi-Szene

Die Zusammenarbeit mit der DVU wurde fortgesetzt. VOIGT erklärte im Parteiorgan „Deutsche Stimme“, die Zusammenarbeit mit der DVU und vielen freien Kameradschaften habe sich erneut bewährt und sei der „Schlüssel für weitere Erfolge“.⁵⁴ Der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY bekräftigte – zuletzt auf dem NPD-Bundesparteitag in Berlin – den mit der NPD Anfang 2005 geschlossenen „Deutschlandpakt“. Innerhalb der NPD-Führung gab es zum Teil Kritik an der mangelnden Außerdarstellung der DVU. Nach dem enttäuschenden Abschneiden der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März (drei Prozent) forderte der stellvertretende NPD-

„Deutschlandpakt“
mit der DVU

⁵⁴ „Deutsche Stimme“, Nr. 10/2006, S. 2.

Vorsitzende MARX, bei der Landtagswahl in Thüringen im Jahr 2009 solle anstelle der DVU die NPD antreten.⁵⁵

Weiter erfolgloses Bündnisangebot an REP

Erfolglos versuchte die NPD auch weiterhin, die Partei REP⁵⁶ in ihre „Volksfront“-Strategie einzubinden. Zuletzt blieb ein auf der Sitzung des NPD-Parteivorstands am 24. September von VOIGT an die REP-Führung gerichteter Appell⁵⁷ ohne Resonanz. Die Abgrenzung zur NPD war innerhalb der REP allerdings heftig umstritten.

Tätigkeit der Landtagsfraktionen in Mecklenburg- Vorpommern und Sachsen

Nach ihrem Erfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September zog die NPD mit sechs Abgeordneten in den Schweriner Landtag ein. Sie ist damit nach Sachsen in einem weiteren Landesparlament vertreten. Der bisherige Fraktionsgeschäftsführer der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, MARX, wechselte in gleicher Funktion von Dresden nach Schwerin, Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern wurde der NPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl und stellvertretende Landesvorsitzende PASTÖRS. Dieser kündigte an, künftig „knallharte Oppositionspolitik“ zu betreiben,⁵⁸

die „verschlafene Schweriner Oppositionspolitik der letzten Jahre kräftig durchwirbeln“ zu wollen und „eine Fundamentalopposition zum etablierten Parteienkartell zu bilden“.⁵⁹



APFEL kündigte nach dem Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern an, man werde künftig eine „Achse Dresden-Schwerin“ bilden, regelmäßige gemeinsame Beratungen beider Fraktionen würden bald Alltag sein.⁶⁰

⁵⁵ Homepage der Berliner Zeitung (9. August 2006).

⁵⁶ Hinsichtlich der REP insgesamt liegen derzeit keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor, die eine gesonderte Darstellung im Verfassungsschutzbericht 2006 unter der Rubrik „Parteien“ nötig erscheinen lassen. Innerhalb der Partei gibt es jedoch nach wie vor Kräfte, die rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

⁵⁷ NPD-Homepage (24. September 2006).

⁵⁸ „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“, Nr. 37/06 vom 8. September 2006, S. 10.

⁵⁹ NPD-Homepage (18. September 2006).

⁶⁰ Homepage der NPD Mecklenburg-Vorpommern (21. September 2006).

Mit dem Tod des parlamentarischen Geschäftsführers der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, LEICHSENRING, der am 30. August bei einem Autounfall tödlich verunglückte, verlor die Fraktion einen ihrer exponiertesten Vertreter. Am 14. November wurde der Abgeordnete MENZEL, der wiederholt durch den Nationalsozialismus verherrlichende Äußerungen aufgefallen war, durch die NPD-Fraktion angeblich „aufgrund seines unsauberen Finanzgebarens“⁶¹ ausgeschlossen. Wegen des Verdachts des Besitzens und Verbreitens von Kinderpornografie legte der Abgeordnete Matthias PAUL am 24. November sein Landtagsmandat nieder und trat gleichzeitig von allen Parteiämtern zurück.⁶² Von ursprünglich zwölf Mitgliedern im September 2004 ist die Fraktion dadurch auf nunmehr acht Mitglieder geschrumpft.⁶³

Die Anstrengungen der NPD, im Umfeld der Landtagsfraktion in Sachsen die Intellektualisierung der Parteiarbeit voranzutreiben, verliefen nach wie vor wenig erfolgreich. So gelang es dem bereits im April 2005 in Dresden gegründeten „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ erst Anfang Juli 2006, eine erste Diskussions- und Informationstagung in Dresden durchzuführen. Weitere angekündigte Schwerpunktveranstaltungen⁶⁴ kamen nicht zustande. Die Neuverpflichtung des rechtsextremistischen Historikers Dr. Olaf ROSE als weiteren parlamentarischen Berater der sächsischen NPD-Fraktion zeigt, dass die NPD ihre Bemühungen fortsetzt, in Sachsen einen intellektuellen Schwerpunkt zu schaffen.

Am 16. September wurde in Sotterhausen (Sachsen-Anhalt) der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) gegründet. Der RNF sieht sich als Sprachrohr und Ansprechpartner für nationale Frauen, unabhängig von einer NPD-Mitgliedschaft. Nationale Frauen sollen durch den RNF stärker in die politische Arbeit einbezogen werden; verstärkte Öffentlichkeitsarbeit soll auf die Absichten und Ziele des RNF aufmerksam machen. Der RNF verfügt über

Frauen in der NPD



⁶¹ Pressemitteilung der sächsischen NPD-Landtagsfraktion vom 14. November 2006.

⁶² Pressemitteilung der sächsischen NPD-Landtagsfraktion vom 27. November 2006.

⁶³ Bereits im Dezember 2005 waren drei Landtagsabgeordnete aus Fraktion und Partei ausgetreten; vgl. Verfassungsschutzbericht 2005, S. 90. Die durch LEICHSENRING und PAUL frei gewordenen Mandate wurden durch zwei Nachrücker besetzt.

⁶⁴ Pressemitteilung des „Bildungswerks für Heimat und nationale Identität e.V.“ vom 12. Juli 2006.

eine eigene Internetpräsenz, auf der die Pressemitteilungen der Organisation veröffentlicht werden. Bundessprecherin ist die sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Gitta SCHÜSSLER.

Teilnahme an Wahlen

Der NPD gelang – nach 2004 in Sachsen – bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern der Einzug in ein zweites Landesparlament. Darüber hinaus nahm die Partei an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie an der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus teil. Weiterhin beteiligte sie sich an den Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen sowie an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin.

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September erhielt die NPD 59.845 Zweitstimmen (7,3 Prozent) und errang sechs Mandate. Damit konnte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl 2002 um 52.127 Stimmen (6,5 Prozentpunkte) und zur Bundestagswahl im September 2005 um 25.098 Stimmen (3,8 Prozentpunkte) verbessern. In 33 der 36 Wahlkreise erzielte die NPD mehr als fünf Prozent der Stimmen, in sieben Wahlkreisen mehr als neun Prozent. Ihre Hochburgen lagen im Ostteil des Landes mit 15,0 Prozent beziehungsweise 13,1 Prozent in den Wahlkreisen Uecker-Randow I und II sowie mit 12,2 Prozent beziehungsweise 11,6 Prozent in den Wahlkreisen Ostvorpommern I und II. In einzelnen Gemeinden erreichte die NPD hier mehr als 30 Prozent der Stimmen; den Spitzenwert mit 38,2 Prozent erzielte die NPD in einer kleinen Gemeinde in Ostvorpommern.

Wahltagsbefragungen von ARD/Infratest dimap zufolge haben in Mecklenburg-Vorpommern 17 Prozent der Jungwähler (18–24 Jahre) die NPD gewählt. Die Partei lag damit hinter SPD und CDU auf Platz drei. Mit 23 Prozent erhielt die NPD bei den Männern dieser Altersgruppe gleichauf mit der SPD die meisten Stimmen aller Parteien. Ferner gaben 17 Prozent der Arbeitslosen, zwölf Prozent der Arbeiter und zehn Prozent der Selbstständigen der NPD ihre Stimme.⁶⁵

⁶⁵ Infratest dimap: WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2006, S. 46, 49.

Bei der Landtagswahl am 26. März in Baden-Württemberg erhielt die NPD 29.219 Zweitstimmen (0,7 Prozent). Damit konnte die Partei ihr Ergebnis bei der Landtagswahl im Jahr 2001 (7.649 Stimmen = 0,2 Prozent) nahezu vervierfachen, verfehlte jedoch ihr Hauptwahlziel, mindestens ein Prozent der Stimmen und damit Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung zu erhalten. Das für die NPD letztlich enttäuschende Wahlergebnis dürfte insbesondere monatelangen innerparteilichen Querelen zwischen dem amtierenden Landesvorsitzenden und seinem Amtsvorgänger, dem früheren Parteivorsitzenden Günter DECKERT, geschuldet sein.

Bei der Landtagswahl am 26. März in Rheinland-Pfalz errang die NPD 21.056 Zweitstimmen (1,2 Prozent). Sie konnte damit ihr Ergebnis insbesondere aufgrund der starken Unterstützung durch Neonazis im Vergleich zur Landtagswahl 2001 (9.110 Stimmen = 0,5 Prozent) mehr als verdoppeln. Aufgrund des Wahlergebnisses erhielt sie zwar Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung. Im Vergleich zur Bundestagswahl am 18. September 2005 (31.012 Stimmen = 1,3 Prozent) musste die NPD jedoch einen Verlust von rund 10.000 Stimmen hinnehmen.

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus erhielt die NPD 35.229 Zweitstimmen (2,6 Prozent). Damit konnte sie ihr Ergebnis gegenüber der Abgeordnetenhauswahl im Oktober 2001 um 20.119 Stimmen (1,7 Prozentpunkte) verbessern. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 erzielte die Partei einen Zuwachs von 6.159 Stimmen (ein Prozentpunkt). Im Ostteil der Stadt kam die NPD auf vier Prozent, im Westen Berlins dagegen nur auf 1,7 Prozent. Obwohl sie deutlich von einem Einzug in das Abgeordnetenhaus entfernt blieb, hat die NPD damit ihre Wahlziele erreicht. Zudem ist es ihr gelungen, die Einprozentmarke zu überspringen und Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung zu erlangen.

Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 26. März errang die NPD insgesamt 19 Mandate (2001: 12). Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September erhielt die Partei 18 Mandate (2001: 3). Bei den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) erzielte die NPD in vier der fünf Bezirke, in denen sie zur Wahl angetreten war, insgesamt elf Mandate. Unter den Mandatsträgern befinden sich der NPD-Bundesvorsitzende VOIGT, der dortige Landesvorsitzende BRÄUNIGER sowie

drei Kandidaten aus der DVU. Bisher war die NPD in keiner Bezirksverordnetenversammlung vertreten.

Nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin erklärte VOIGT auf der Homepage der Partei, die NPD habe alle ihre Wahlziele erreicht. Die Bündnispolitik der NPD habe am Wahlsonntag „neue Erfolge errungen“ und werde „konsequent fortgesetzt“. Er fügte hinzu:

„Der konsequente Ausbau weiterer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wird nach den Wahlen helfen, die Positionen der NPD weiterhin zu festigen. Das Konzept, sich erst regional zu etablieren, hat sich als richtig erwiesen. Nur so kann mittelfristig der gebündelte Angriff nationaler Kräfte auf die noch hart verteidigten etablierten Bonzen-Bastionen des Westens erfolgen.“⁶⁶

1.3 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

gegründet:	1969
Sitz:	Dresden (Sachsen)
Bundvorsitzender:	Stefan ROCHOW
Mitglieder:	350 (2005: 350)
Publikation:	nur regional

Als einzige rechtsextremistische Partei verfügt die NPD über eine zahlenmäßig relevante Jugendorganisation. Die JN sind laut Satzung der NPD „integraler Bestandteil“ der Partei. Der JN-Bundvorsitzende ist kraft Amtes zugleich Mitglied des NPD-Parteivorstandes. Bundvorsitzender ist seit 2002 Stefan ROCHOW.

Am 28. Januar beschloss der JN-Bundesvorstand ein Grundsatzzpapier unter dem Titel „Revolution statt Reform – Vorwärts zur deutschen Revolution“. Darin üben die JN Kritik am herrschenden System und kommen zu dem Schluss, „daß das System, bei einigen Annehmlichkeiten, prinzipiell schlecht ist“. Dies bedeute in der Konsequenz, „daß man dieses System nicht reformie-

⁶⁶ NPD-Homepage (18. September 2006).